

Leichter Anstieg von Gewalt

Laut einer Meinungsumfrage stieg die Zahl der Fälle von häuslicher Gewalt während des Corona-Lockdowns nicht so stark an, wie es in Medienberichten behauptet wurde.

Das Markt- und Meinungsforschungsinstitut *OGM* (Österreichische Gesellschaft für Marketing) führte im Juli 2020 eine Umfrage zu häuslicher Gewalt während des Corona-Lockdowns durch. Im Auftrag des Innenministeriums wurden 811 Personen zu ihren Wahrnehmungen über häusliche Gewalt während des Lockdowns vom 16. März bis 14. April 2020 in Österreich befragt. „Medienberichte und Expertenansagen haben in der Öffentlichkeit ein Bild

von verbreiteter familiärer Gewalt entstehen lassen“, sagte der Leiter des Markt- und Meinungsforschungsinstituts *OGM*, Wolfgang Bachmayer, bei der Präsentation der Studien-Ergebnisse mit Innenminister Karl Nehammer und Frauenministerin Susanne Raab am 21. September 2020 im Innenministerium. Dieses Meinungsbild spiegelte sich auch in der *OGM*-Umfrage wider: „56 Prozent sehen eine Zunahme von häuslicher Gewalt während des Corona-Lockdowns. Tatsächlich haben aber nur vier Prozent familiäre Gewalt im eigenen Wohn- und Lebensumfeld wahrgenommen. Die eigene Wahrnehmung unterscheidet sich also stark vom medienbedingten Vermutungsbild“, sagte der *OGM*-Chef.

Bachmayer wies auch darauf hin, dass die Befragten in ihrem Umfeld deutlich mehr Miteinander und Harmonie wahrgenommen hätten, als Spannungen und Konflikte oder gar Gewalt. „Auch wenn jeder Vorfall einer zu viel ist, zeigt sich, dass Gewalt-Vorfälle weitaus seltener vorgekommen sind, als in der öffentlichen Meinung vermutet, und es während des Lockdowns häufiger zu positiven als negativen häuslichen Effekten gekommen ist“, sagte der *OGM*-Chef.

Meinungsbild zur Kriminalität. Laut Umfrage gibt es auch ein eindeutiges Meinungsbild zur Wahrnehmung der Befragten von Kriminalität während des Corona-Lockdowns: Internet-Kri-



Präsentation der Umfragergebnisse im Innenministerium: Wolfgang Bachmeier, Karl Nehammer, Susanne Raab.

minalität und häusliche Gewalt haben während Corona ebenso deutlich zugenommen wie Raubüberfälle, Einbrüche und Diebstähle abgenommen haben. „Wie spätere Fragen zeigen, ist diese Meinung fast ausschließlich durch Medienberichte und fast überhaupt nicht durch eigene Wahrnehmungen und Erfahrungen bedingt“, sagte Bachmayer.

Bei der Frage nach mehr Gewalt oder mehr Harmonie und Vergleich von Meinung und tatsächlicher Wahrnehmung wird der Unterschied zwischen Vermutung und Tatsache klarer: „Zwei Drittel vermuten mehr Gewalt und Spannungen, aber nur vier Prozent haben Gewalt selbst im Umfeld wahrgenommen. Jeder Dritte hat aber mehr Harmonie während Corona wahrgenommen, worüber aber im Gegensatz zu Gewalt keine Berichte in den Medien erschienen sind, fast jeder Zweite hat keine Veränderung zu vorher gesehen“, resümierte der *OGM*-Chef. Die Frage nach tatsächlich bekannt gewordenen bzw. persönlich registrierten Fällen von häuslicher Gewalt während des Corona-Lockdowns brachte ähnliche Ergebnisse: „Nur“ vier Prozent der befragten Personen gaben an, dass es in ihrem Umfeld zu einem konkreten Fall von häuslicher Gewalt während des Corona-Lockdowns gekommen sein soll.

Stadt-Land-Gefälle. Es wurden deutlich mehr Vorfälle in den großen Städten registriert, als in mittleren Städten

und Landgemeinden. Auf Wien mit einem Bevölkerungsanteil von 22 Prozent entfallen die meisten Vorfälle bundesweit. „In Wien hat es zwar die meisten Vorfälle gegeben, der Zuwachs ist jedoch unter dem Schnitt aller Städte, während sich in Vorarlberg ausgehend von sehr wenigen Vorfällen der Anteil an den bundesweiten Vorfällen von zwei auf vier Prozent verdoppelt hat“, sagte Bachmayer. „Die Studie beweist auf Basis objektiver und ausgewogener Fragestel-

lungen, dass es wohl zu mehr häuslicher Gewalt während des Lockdowns gekommen ist, aber von einem enormen Anstieg der Gewalt keine Rede sein kann, wie es Medienberichte von Vorfällen und Kommentare von Expertinnen und Experten vermuten lassen könnten. Das unterstreicht auch die polizeiliche Statistik“, sagte Bachmayer.

Vorreiterrolle. „Seit 1997 gibt es in Österreich ein Gewaltschutzgesetz, das polizeiliches Einschreiten möglich macht. Österreich hat damit eine Vorreiterrolle übernommen“, sagte Innenminister Karl Nehammer. Dieses Gesetz sei die Grundlage für das Verhängen von Wegweisungen und Betretungsverboten. In einer Novelle Anfang 2020 wurde das Gewaltschutzgesetz auf Annäherungsverbote ausgeweitet, z. B. bei Kindern, die sich in Schulen oder Kindergärten aufhalten. Bis zum 31. August 2020 wurden in Österreich 8.063 Betretungs- und Annäherungsverbote ausgesprochen. Durchschnittlich werden etwas mehr als 1.000 Betretungsverbote pro Monat in Österreich verhängt. Im März 2020 wurden laut Aufzeichnungen des Innenministeriums 972 Betretungs- und Annäherungsverbote verhängt, im April 1.081, im Mai 1.049, im Juni 1.000, im Juli 1.084 und im August 1.055.

„Eine entwickelte Demokratie erkennt man daran, wie sie mit Gewalt und vor allem mit der Prävention von Gewalt umgeht“, sagte Nehammer.

„Gewalt in der Familie kann nur durch einen engen Schulterschluss der gesamten Gesellschaft begegnet werden. Ich werde daher die behördenübergreifende Vernetzung in Zukunft noch stärker forcieren“, sagte der Innenminister.

Besondere Herausforderung. „Die Corona-Pandemie stellt uns alle vor große Herausforderungen, vor allem ökonomisch, gesundheitspolitisch, bildungspolitisch, aber auch in vielen gesellschaftlichen Fragen“, sagte der Innenminister. „Jene Maßnahmen, die in der Pandemie gesetzt wurden, müssen auch evaluiert werden. Die OGM-Studie ist eine Bestandsaufnahme zur Evaluierung von Auswirkungen der Beschränkungen“, sagte Nehammer. „Unser Ziel muss sein, jene Menschen zu ermuntern, die Polizei zu verständigen, die von Gewalt im privaten Bereich betroffen sind.“ Derzeit stehen 516 besonders geschulte Polizistinnen für diese Amtshandlungen zur Verfügung. „Diese Zahl wird noch heuer aufge-



Karl Nehammer: „Behördenübergreifende Vernetzung forcieren.“



Susanne Raab: „Maßnahmen gegen häusliche Gewalt erweitert.“

stockt. Dies bedeutet auch im Streifen-dienst zusätzliche Spezialisierung und Professionalisierung“, sagte Nehammer.

Gewalt an Frauen. Frauenministerin Susanne Raab dankte für die gute Zusammenarbeit im Kampf gegen Gewalt im häuslichen Bereich. „Gewalt an Frauen ist traurige Realität in Österreich. 2019 gab es bereits 36.000 Anzeigen und 16 Frauenmorde. Und jede fünfte Frau gibt an, schon einmal Opfer

von physischer oder sexueller Gewalt geworden zu sein“, sagte Raab. Aus diesem Grund wurden Maßnahmen im Kampf gegen häusliche Gewalt erweitert, wie die 24-Stunden-Helpline, in jedem Bundesland ein Gewaltschutz-zentrum sowie 170 Mädchen- und Frauenberatungsstellen. Dafür steht im Familienressort ein Budgetvolumen von 4,7 Millionen Euro zur Verfügung. Und auch der Integrationsfonds wird zusätzlich zwei Millionen Euro dafür zur Verfügung stellen.

„Darüber hinaus wird die Zusammenarbeit mit dem Innenressort im Rahmen der Kampagne 'Gemeinsam. Sicher gegen Gewalt an Frauen' intensiviert“, sagte die Frauenministerin. Im Herbst 2020 wird außerdem ein Gewaltschutzgipfel veranstaltet, mit dem Ziel, alle Akteure im Gewaltschutzbereich einzubinden und zu vernetzen, beispielsweise von Interventionsstellen, dem BMI, der Justiz, dem Familienressort und Fachexperten.

Werner Ramsz

KFZ-KRIMINALITÄT

20 Jahre EuFID

Täter verändern nach dem Diebstahl eines Autos häufig individuelle Merkmale der Fahrzeuge, um deren Identifizierung zu verhindern. Als Gegenmaßnahme gründeten das bayerische Landeskriminalamt (LKA) und das österreichische Bundeskriminalamt im Herbst 2000 die Arbeitsgruppe „EuFID – Europäische Fahrzeugidentifizierungsdatei“.

EuFID ist eine Sammlung von Herstellerdaten zur Kfz-Identifizierung, die von Kfz-Experten zusammengestellt und in mehrere Sprachen übersetzt, den Strafverfolgungsbehörden weltweit zur Verfügung gestellt wird. Mittlerweile umfasst die Arbeitsgruppe zahlreiche Experten aus Deutschland, Österreich, Italien, Schweden, Frankreich und Slowenien. Mit Unterstützung von Kfz-Herstellern ist eine umfassende Datei entstanden, die für Polizisten bei Kfz-Kontrollen wichtige Hinweise über individuelle Kennzeichnungen enthält.

EuFID wird von Europol und durch Fördermittel der Europäischen Union unterstützt. Es wurden internationale Versionen der Datei in verschiedenen Sprachen innerhalb der EU erstellt. In



Gerhard Lang ehrte Johannes Sinnhuber, den langjährigen Spezialisten in der Bekämpfung der Kfz-Kriminalität.

der Onlineversion ist die Europäische Fahrzeugidentifizierungsdatei derzeit in Englisch und Deutsch verfügbar. In seiner aktuellen Ausgabe enthält EuFID Identifizierungsunterlagen zu den Modellen von insgesamt 105 Fahrzeugherstellern. Zusätzlich sind Echtbeschreibungen zu Fahrzeugdokumenten von derzeit 57 Staaten in aktueller Form gespeichert. Die ständige Erweiterung des Dateiumfanges und jährliche Bestandspflege beziehungsweise die Einbringung von Updates bedeuten einen erheblichen Aufwand, der durch die AG-Mitglieder zu bewältigen ist.

Seit Juli 2019 ist Österreich an EU-FID-Online angeschlossen und kann

von allen Polizeidienststellen in Österreich abgefragt beziehungsweise genutzt werden. In weiterer Folge soll eine Online-Nutzung für alle EU-Staaten realisiert werden.

Ermittler geehrt. Der amtsführende Direktor des Bundeskriminalamts Gerhard Lang, MA ehrte den Mitbegründer der Europäischen Fahrzeug-Identifizierungs-Datei (EuFID), Ausbilder und Ermittler im Bereich der Kfz-Kriminalität, Kontrollinspektor Johannes Sinnhuber, anlässlich seiner langjährigen herausragenden Leistungen und der bevorstehenden Versetzung in den Ruhestand. Sinnhuber war 2000 maßgeblich an der Gründung der internationalen Arbeitsgruppe Europäische Fahrzeug-Identifizierungs-Datei (EuFID), sowie deren Weiterentwicklung beteiligt. Darüber hinaus trainierte er Landestrainer und polizeiliche Kfz-Spezialisten zur Erkennung von gestohlenen Fahrzeugen und im Bereich der Kfz-Verschlebung im Auftrag der Europäischen Kommission. In Zusammenarbeit mit den Kollegen der BMI-Einsatzabteilung war Sinnhuber Bundestrainer für die Identifizierung von von gefälschten Kraftfahrzeugen und Dokumenten.